



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

19.01.2022
HHA

Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Studie zu Prostitutionsstätten in Hessen**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 01 Ministerium
Buchungskreis: 2700

Förderproduktnummer 2
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Familie- und Senioren

Veränderung
von um auf

Leistungsplan:

	Beträge in 1.000 EUR		
	von	um	auf
Gesamtkosten	26.615,5	+100,0	26.715,5
Eigene Erlöse	266,1	0	266,1
Produktabgeltung	26.349,4	+100,0	26.449,4

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Beratungsstellen für in Prostitution tätige Menschen sowie von Menschenhandel betroffene Frauen benötigen für eine zielgerichtete Arbeit einen klaren Überblick über die Prostitutionsstätten in Hessen. Bislang gibt es laut Ministeriumsbericht keine Zahlen oder Übersicht. Das Sozialministerium ist jedoch auch für die Überwachung der Ausführung des Prostitutionsschutzgesetzes verantwortlich.

Wiesbaden, 19. Januar 2022

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:

Günter Rudolph